



High-five für eine neue Gewerkschaftsbewegung

Mit dem Streik der Gemeindebediensteten kommt neuer Schwung in die Gewerkschaftsbewegung. Doch wie kann es weitergehen?

Der Streik der Gemeindebediensteten stellt einen Wendepunkt in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung dar: Ausgehend von der Initiative des AKh ist es gelungen, die GdG doch noch auf Streikkurs zu bringen, obwohl das Landespräsidium der Gewerkschaft Ende Jänner bereits einem Kompromiss zu Lasten der Belegschaften zugestimmt hatte. In den vergangenen Jahren waren viele streikbereite Branchen stets an ihrer eigenen Führung gescheitert. Mangels Vertrauen in die Kraft der Bewegung war man immer wieder in letzter Minute einem Streik ausgewichen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich: stehen doch die einzelnen Gewerkschaftsführungen unter dem enormen Druck und Einfluss der Kapitaleseite, nur ja nicht den wirtschaftlichen Standort oder den sozialen Frieden zu gefährden. Bisher gab es noch in keiner Einzelgewerkschaft eine derart gut organisierte Basis, die mittels

bewussten Oppositionskurses und des Einbringens von Resolutionen die formelle Gewerkschaftsdemokratie auch wirklich mit Leben erfüllen und ihre Gewerkschaftsführung dem feindlichen Einfluss entreißen konnte. Doch diese Basis gibt es nun in der oberösterreichischen GdG. Den Anstoß dazu gab der AKh-Vertrauenspersonenausschuss: Dessen Resolution ist es zu verdanken, dass der jetzige Streik überhaupt stattfindet und nur der GdG-Landesvorstand ein Angebot des Landeshauptmanns annehmen und den Streik beenden kann.

Den Weg der Gewerkschaftsdemokratie sollten wir beibehalten. Die Streikversammlungen sind das ideale Forum, in dem der Wille der Belegschaft zum Ausdruck gebracht werden kann. Sie bieten Gelegenheit, täglich darüber abzustimmen, ob der Streik, je nach dem aktuellen Stand der Dinge, dem Angebot der Gegen-

seite usw. weitergeführt werden soll. Das Abstimmungsergebnis würde in der Folge als Entscheidungsgrundlage von den jeweiligen Delegierten in den Landesvorstand getragen werden. Weiters brauchen wir eine klare Vorstellung davon, wie der Arbeitskampf ausgeweitet werden kann, solange die Gegenseite nicht einlenkt. So müssen wir einerseits eine starke Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medien herstellen, indem wir z.B. eine gemeinsam Demonstrationen aller Streikenden organisieren. Andererseits müssen wir die Isolation überwinden, in der sich die GdG befindet. Wir haben die Aufgabe, die übrigen öffentlichen Bediensteten (Kindergärtnerinnen, Beschäftigte der Nahverkehrsbetriebe usw.) dafür zu gewinnen, ihre eigenen Gewerkschaften (GÖD, vida usw.) auf den Weg des Arbeitskampfs zu bringen. Für die AKh-Bediensteten sind die Beschäftigten der Landes- und Ordensspitäler die natürlichen

Verbündeten. Durch eine öffentliche Einladung ins AKh-Streikzelt, durch Flugblattaktionen vor den Spitälern und durch die direkte Kontaktaufnahme mit bekannten und befreundeten Beschäftigten der Landes- und Ordensspitäler könnten wir dort eine Diskussion entfachen und die Mauer, die Pühringer rund um die GdG gebaut hat, zum Bröckeln bringen. Gerade davor hat Pühringer am meisten Angst.

Doch wie erfolgreich der Streik auch sein mag: Er wird im besten Fall eine gewonnene Schlacht sein. Der Krieg gegen die Arbeitnehmer, der im Namen der Staatsschuldensenkung geführt wird, geht weiter. Die Möglichkeiten, die in Streikbewegungen liegen, haben eine natürliche Grenze. Der Streik der Gemeindebediensteten wird gegen eine politische Entscheidung geführt – konkret gegen einen Landtagsbeschluss. Für sich genommen kann ein Streik bestenfalls einen Angriff des politischen Gegners abwenden, doch er drückt noch keinen eigenständigen politischen Willen aus. In Griechenland haben mehr als ein Dutzend Generalstreiks zwar die Regierung und die Kapitaleseite gehörig ins Schwitzen gebracht, doch eine politische Lösung haben sie noch nicht herbeigeführt. Es existiert in Griechenland (noch) kein politischer Faktor, der eine echte Alternative zum jetzigen desaströsen Sparprogramm aufgezeigt hätte. Wir brauchen aber ein alternatives politisches Programm, wollen wir nicht nur Symptome bekämpfen. Durch Streiks wie dem der Gemeindebediensteten könnte eine Bewegung entstehen, die einen neuen politischen Faktor hervorbringt. Die Geschichte zeigt, dass jede wesentliche politische Kraft aus einer Bewegung von unten erstanden ist.

Wie könnte dieses Programm aussehen? Es muss sich prinzipiell gegen die bundesweite Sparlogik stellen, soll es nicht für den Ausverkauf unserer Interessen stehen. Denn gerade die vom Staat und dem Sozialsystem finanzierten Bereiche drohen in

Zukunft radikal zusammengekürzt zu werden, wie das Beispiel Griechenland zeigt. So ist der Beschluss des oberösterreichischen Landtags zur Mindervalorsierung nichts anderes als eine Vorwegnahme des Bundes-sparpakets, das in dieser Woche im Nationalrat beschlossen wird. Bis 2016 sollen 1,4 Mrd. Euro Bundesgelder bei den Spitälern gekürzt werden. Weitere 2,1 Mrd. Euro sollen die Länder einsparen. Mit der Spitalsreform 2011 und der Mindervalorsierung will sich Pühringer als Musterschüler auszeichnen, der in Oberösterreich bereits im Voraus umsetzt, was die Bundesregierung verlangt.

Das neue politische Programm darf sich nicht nur gegen die Sparlogik stellen, sondern muss eine eigene Lösung für die Staatsschuldenkrise parat haben. Der Funke schlägt folgende zwei Eckpunkte vor:

- ◆ *Streichung aller Staatsschulden.* Beenden wir den absurden Zustand, dass wir genau bei jenem Finanzsystem verschuldet sind, das die öffentliche Hand immer wieder durch Hilfspakete vor dem Zusammenbruch retten musste.
- ◆ *Überführung der Banken in allgemeines, öffentliches Eigentum.* Das Bankensystem soll der Gesellschaft dienen, anstatt sich an ihr zu bereichern. Dazu muss es dem Einfluss von privaten Interessen entzogen werden. Im Gegensatz zur alten Verstaatlichten braucht es die direkte Kontrolle durch Vertreter aller Branchen, die auf Betriebsrätekonferenzen gewählt werden.

Wir wollen uns hier keinesfalls irgendwelchen Illusionen hingeben. Noch ist der ÖGB meilenweit davon entfernt, zu einem derartigen politischen Faktor mit einem eigenen Programm zu werden. Und überlässt man diese Aufgabe dem jetzigen Führungspersonal der Fachgewerkschaften und des ÖGB, dann wird es wohl nie dazu kommen. Vielmehr muss österreichweit und auf breiterer Basis das Gleiche stattfinden, was in

Oberösterreich im Kleinen in der GdG stattgefunden hat: Ausgehend von einem Betrieb mit einer starken Belegschaftsvertretung wurde der offizielle Gewerkschaftskurs verändert. Wenn dies nun in einer Reihe von Betrieben und in den verschiedensten Fachgewerkschaften geschieht, ist die Zeit reif für eine österreichweite Konferenz all jener Belegschaften, die ihre eigenen Gewerkschaften zu erneuern begonnen haben. Genau diese Konferenz kann dann der Startschuss für die Ausarbeitung eines neuen Programms sein. Mit diesem Programm kann der restliche ÖGB gewonnen werden.

Damit ist es aber noch nicht getan. Schlussendlich muss eine Partei für das politische Programm der Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden. In Österreich gibt es nur eine Partei, bei der dies aufgrund der untrennbaren Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung möglich ist: die SPÖ. Wenn sie wirklich will, hat die Gewerkschaftsbewegung die reale Chance, die SPÖ als ihre politische Partei zurückzuerobern. Die SPÖ Oberösterreich hätte beispielsweise im Landtag der Mindervalorsierung zugestimmt, wenn nicht rechtzeitig aus der GdG und hier im Besonderen aus dem AKh Protest gekommen wäre. Der Druck ist bereits groß genug, dass sich die SPÖ Oberösterreich nun hinter den Streik der Gemeindebediensteten stellen muss. Aber er reicht noch nicht aus, dass Parteivor-sitzender Ackerl seine Zustimmung zum Bundessparpaket und damit zu den Einschnitten im Gesundheitsbereich zurückzieht.

Unmittelbar stellt sich jetzt die Aufgabe, die eigene Gewerkschaft durch demokratische und konsequente Arbeitskämpfe zu erneuern und innerhalb der Gewerkschaftsbewegung für ein eigenständiges politisches Programm einzutreten. Die Funke-Strömung in ÖGB und SPÖ steht für diesen Kurs. Wenn Du mit uns diskutieren möchtest, schreib uns an redaktion@derfunke.at.